

FORTSETZUNG VON SEITE 1



Foto: Boettcher

Joachim Zeller fordert ein Gedenk-Konzept

werde mitten im neuen Berlin das Rosa-Luxemburg-Denkmal gebaut. Zeller: „Also keine Frage des Geldes, sondern der Einstellung.“ Gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus fordert er ein Gedenk-Konzept für die Geschichte der Deutschen Teilung und der Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden. Die sich breit machende Geschichtslosigkeit sei erschreckend. So könnten etwa die Hälfte der unter 30jährigen Deutschen 15 Jahre nach dem Fall der Mauer und 68 Jahre nach der Prognomacht nichts

Das, so Zeller, sei nicht nur ein Zeichen der Geschichtslosigkeit nach innen, sondern auch kein gutes Signal nach außen. „Was sollen eigentlich unsere alten und neuen europäischen Partner von uns halten, wenn wir unsere eigene Geschichte so schnell vergessen?“, fragt er.

Die Beispiele häuften sich in diesen Tagen. Ein Zeichen etwa sei es, dass das Portrait vom Ehrenbürger Berlins, Helmut Kohl, immer noch nicht in den Gängen des Abgeordnetenhauses hängt. Und der Parlamentspräsident Momper, so höre man sagt Zeller, beabsichtige auch nicht, das Bild noch im Laufe seiner Amtszeit

offiziell dort aufzuhängen. Der rot-rote Senat habe überdies keinen Finger gerührt, um an



© Landesarchiv Berlin

Darf niemals vergessen werden: Brandenburger Tor 1976

15 Jahre Mauerfall zu erinnern. Neue Nachbarn in Europa und fünfzehn Jahre Mauerfall wären gute Gründe gewesen, Berlin zu zelebrieren und wirksam in Szene zu setzen, sagt der CDU Vorsitzende. Statt dessen

mit dem Datum 9. November anfangen. Die CDU sei die Partei der Deutschen Einheit und habe als solche auch die Pflicht an diese entscheidenden Wegmarken der Deutschen Geschichte zu erinnern.

Islamischer Feiertag?

CDU-Generalsekretär Lorenz Meyer hat die Forderung der Grünen nach einem islamischen Feiertag in Deutschland abgelehnt.

„Niemand würde auf die Idee kommen, in der Türkei Christi Himmelfahrt als Feiertag einzuführen“, sagte Meyer. Unsere Gesellschaft sei von „christlich-abendländischen Vorstellungen geprägt“. Das müssten die „hier lebenden Muslime akzeptieren“, bekräftigte Meyer. „Mit seiner Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Islam-Feiertags in Deutschland hat der Grüne Ströbele endgültig jeden Bezug zur Realität verloren“, erklärte daneben der Innenexperte und integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Kurt Wansner. Wansner weiter: „Selbst eingefleischte Grüne erklären immer häufiger, dass die bisherigen Ansätze der Integration ausländischer Mitbürger in Deutschland und besonders in der Hauptstadt fehlgeschlagen seien. In einigen



Foto: Reitze

Bezirken Berlins haben sich bereits Parallelgesellschaften herausgebildet. Angebote einer Integration über die Sprache werden von vielen Ausländern nicht angenommen.“ Der Vorschlag Ströbeles ziele also einzig und allein auf Wählerstimmen aus dem Bereich der nicht-deutschen Bevölkerung für die Grünen. Dazu sei dieses Thema jedoch zu sensibel, sagt Wansner. (dr)

FRANK HENKEL:

Patriotismus nicht dem Zeitgeist opfern

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, findet die Einstellung vieler sozialdemokratischer Spitzenpolitiker zu Patriotismus und nationalen Symbolen erschreckend. Er fordert vielmehr ein neues Verständnis hierzu. Lesen Sie seinen Meinungsbeitrag:

„Patriotismus und nationale Symbole haben in Deutschland einen erschreckend niedrigen Stellenwert in der Gesellschaft. Die Nationalhymne ist textlich nur einer Minderheit bekannt. Der Respekt vor gemeinsamen Symbolen eines Volkes, wie Hymne oder Fahne, ist noch weitaus bedenklicher. Da erscheint ein Satz, wie der unseres Bundespräsidenten, er liebe sein Land, und sei froh, diesem mit seinem Dienst

auch etwas zurückgeben zu können, wie ein einsamer Ruffer in der Wüste. Doch dies muss sich ändern.

Wir dürfen eine Haltung, wie diejenige zahlreicher prominenter Sozialdemokraten nicht hinnehmen: Der Kanzler und sein Finanzminister wollen im Staatsstreich den einzigen nationalen Feiertag der Deutschen opfern. Der Regierende Bürgermeister von Berlin fühlt sich anscheinend mit dem Auftrag, die Gedenkstätten, die von Tod und Verfolgung jenseits der Mauer zeugen, zu ehren, überfordert. Am Volkstrauertag weilt der amtierende Bundesratspräsident, SPD-Ministerpräsident Platzeck, im Urlaub – ersatzlos, was die Kranzniederlegung und die feierliche Gedenkstunde im Reichstag anbetrifft. Eine

Schande für eine Partei und für ein Land, das aus seiner eigenen Geschichte gelernt haben sollte, die Mahnung an alle Toten von Krieg und Terror wach zu halten.

Der Vorschlag der innenpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, eine Hymnen-Prüfung für Ausländer, ist offensichtlich der letzte Versuch, Terrain gut zu machen. Frau Fischer könnte wohl am besten in ihren eigenen Reihen den Text der Hymne ver-

teilen lassen. Hier herrscht bei der Identifizierung mit nationalen Symbolen eher Fehlanzeige.

Vielleicht erst heute zeigt sich, dass die vom damaligen Kanzler Helmut Kohl angestoßene Debatte um Werte und Tugenden eines Volkes zurecht auf die Agenda ge-



© Landesarchiv Berlin

Stunden der Freude: Brandenburger Tor 1989

setzt worden ist. Aber schon damals hat eine vor allem ideologische Linke diese Diskussion mit den gleichen Worten abgelehnt und denunziert, die ein junger Oskar Lafontaine seinem einstigen `SPD-Parteifreund` und Bundeskanzler Helmut Schmidt präsentierte: Die von diesem angeregte Diskussion über eine Wiederbelebung von Sekundärtugenden sei nicht zeitgemäß: Denn mit Sekundärtugenden könne man auch ein KZ leiten. Nicht nur an diesem Punkt irrte Lafontaine gewaltig. Wir brauchen vielmehr denn je eine Auseinandersetzung über unsere Werte und Tugenden. Bundespräsident Köhler und Angela Merkel haben diese Debatte jetzt erneut angeregt. Wir sollten die Chance nutzen.“